

# Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

## Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß

Datum der Zweitveröffentlichung: 27.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592762

### Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß. In: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Gabriel, Oscar W. (Hg). Opladen : Leske + Budrich, 1997. S. 211-234. DOI: 10.1007/978-3-322-95869-3\_9.

### Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

# Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß

Ursula Hoffmann-Lange

## 1. Einleitung

Die Lebensfähigkeit einer Demokratie ist in erheblichem Maße von der Bereitschaft ihrer Bürger abhängig, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Verschiedene Autoren, die der Denkrichtung des *Kommunitarismus* zuzurechnen sind, haben in den letzten Jahren auf die Bedeutung einer *Bürgerkultur* (verschiedentlich auch als *Zivilgesellschaft* bezeichnet) für die Funktionsfähigkeit von Demokratien hingewiesen. In seinem Buch „Making Democracy Work“ (1993) hat Robert Putnam die wesentlichen Elemente einer solchen Bürgerkultur empirisch zu bestimmen versucht. Zum *Sozialkapital* einer demokratischen Gesellschaft gehören danach bürgerschaftliches Engagement, die Anerkennung der politischen Gleichheitsrechte für alle Bürger, gesellschaftliche Solidarität, Vertrauen, Toleranz sowie die Existenz eines Netzwerks freiwilliger bürgerschaftlicher Vereinigungen (Putnam 1993: 86ff.). Am Beispiel der italienischen Regionalverwaltungen konnte Putnam nachweisen, daß demokratische Institutionen in den Regionen mit einer hochentwickelten Bürgerkultur erheblich besser funktionieren als in solchen, in denen autoritäre politische Traditionen und Klientelismus eine Lähmung bürgerschaftlicher Eigeninitiative mit sich gebracht haben.

Damit knüpfen diese Autoren an frühere Theorien über die Merkmale einer *Civic Culture* an, wie sie vor allem von Almond/Verba (1963) formuliert wurden. In Bezug auf Deutschland sind hier nicht zuletzt Dahrendorfs Überlegungen zu nennen, der den (West-)Deutschen einen Mangel an bürgerschaftlichen Tugenden und einen Hang zur Überbewertung privater Tugenden attestierte (1965: Kap. 20). Gleichzeitig sah er in der DDR Anzeichen für eine Überwindung dieser Tradition, die seines Erachtens allerdings, da staatlich verordnet, nicht zu einer echten Stärkung liberal-demokratischer Bürgertugenden beitragen konnte.

Neben der Unterstützung des politischen Systems betreffen die Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß daher ein zentrales Moment politischer Orientierungen. Bei der Analyse dieser Einstellungen wer-

den in der Fachliteratur in der Regel zwei Dimensionen unterschieden, nämlich *interne politische Effektivität* und *externe politische Effektivität* (Gabriel 1986: 198). Die erste Dimension bezieht sich auf die politische Urteilsfähigkeit, die man sich selbst zuschreibt, sowie die Vorstellung, daß der einzelne Bürger politisch etwas bewirken kann. Die zweite Dimension betrifft die Wahrnehmung, inwieweit die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger im politischen Prozeß tatsächlich berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit einer analytischen und empirischen Unterscheidung dieser beiden Dimensionen ergibt sich daraus, daß die Wahrnehmung der eigenen politischen Einflußchancen natürlich nicht nur von der eigenen politischen Handlungsbereitschaft, sondern auch von der wahrgenommenen Offenheit des politischen Systems abhängt. Vielfach wird daher anstelle des Begriffs der externen politischen Effektivität auch der des *Vertrauens in die Responsivität des politischen Systems* verwendet.<sup>1</sup>

Während es uns heute selbstverständlich erscheint, zwischen interner und externer politischer Effektivität zu unterscheiden, wurden diese beiden Dimensionen in der politischen Kulturforschung lange Zeit als ein einheitliches theoretisches Konzept betrachtet. In den amerikanischen Wahlstudien war bereits seit Anfang der fünfziger Jahre eine Skala zur Messung der subjektiven politischen Effektivität (*political efficacy*) enthalten, deren Items beide Aspekte abdeckten. Es handelte sich dabei um die folgenden vier Items, die auch in viele deutsche Umfragen übernommen wurden (Gabriel 1986: 209):

#### Interne politische Effektivität:

- Neben den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um darauf Einfluß zu nehmen, was die Regierung tut.
- Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.

#### Externe politische Effektivität:

- Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut.

1 Die Abgrenzung dieser beiden Einstellungsdimensionen gegenüber verwandten Konzepten ist teilweise unscharf. Dies gilt beispielsweise für den von Almond/Verba (1963) verwendeten Begriff der *politischen Kompetenz*, der Elemente beider Dimensionen enthält. Auch die Abgrenzung gegenüber *politischem Vertrauen* ist nicht immer eindeutig. Da es sich bei der *internen politischen Effektivität* und der *externen politischen Effektivität* jedoch um eingeführte Begriffe und Meßinstrumente handelt, wird hier zunächst von diesen beiden Begriffen ausgegangen. Die Begriffe „externe politische Effektivität“ und „Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems“ werden dabei wie in den übrigen Literatur austauschbar verwendet.

- Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.

Diese Items wiesen in den amerikanischen Umfragen der fünfziger Jahre so enge statistische Zusammenhänge untereinander auf, daß es gerechtfertigt schien, sie zu einem einzigen Index zusammenzufassen (Abramson 1983: 136). Ab den sechziger Jahren traten die beiden Dimensionen jedoch zunehmend auseinander. Während das politische Interesse und die politische Beteiligung mit zunehmendem Bildungsniveau gleichblieben oder sogar leicht zunahm, ging das Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems zurück. In seinem Artikel „Change in the American Electorate“ wies Converse (1972: 334) bereits 1972 darauf hin, daß die neueren Umfrageergebnisse die Notwendigkeit nahelegten, zwischen „personal feelings of political competence“ und „trust in system responsiveness“ zu unterscheiden.

In den USA, wo Zeitreihen bereits seit 1952 vorliegen, zeigt die interne politische Effektivität über den Zeitraum von 1952 bis 1980 hinweg ein gleichbleibendes Niveau in der amerikanischen Bevölkerung (Abramson 1983: 174f.). Dies widerspricht in gewisser Weise der These vom gestiegenen Niveau subjektiver politischer Kompetenz, die sowohl von Converse als auch von anderen Forschern vertreten wird. Bei einer Aufschlüsselung nach Bildungsgruppen zeigt sich jedoch, daß diese Konstanz über Zeit Resultat verschiedener Trends ist: „Three basic processes appear to have held overall levels of ‚internal‘ political efficacy in a state of near equilibrium: the rising levels of personal political effectiveness among the college-educated, the declining levels among the two lower educational groups, and changing educational levels among the electorate“ (Abramson 1983: 179).

Demgegenüber hat die externe politische Effektivität in allen Bildungsgruppen abgenommen. Von 1956 bis 1992 ging der Anteil der weißen Amerikaner mit einem hohen Wert auf dieser Skala von 64 Prozent auf 34 Prozent zurück (Abramson u.a. 1994: 118).

## 2. Kognitive politische Mobilisierung und politische Effektivität in Ost- und Westdeutschland

Die verfügbaren empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, daß das politische Interesse und die Bereitschaft zum politischen Engagement bei den Westdeutschen im Verlauf der letzten Jahrzehnte deutlich zugenommen haben, und daß parallel hierzu auch das Verständnis für demokratische Verfahrensweisen, die Bejahung des Rechts auf individuelle Entfaltungsmöglich-

keiten, das soziale Vertrauen und die Toleranz gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt angestiegen sind (Baker u.a. 1981; Conradt 1991). Gleichzeitig gibt es allerdings seit den siebziger Jahren einen Trend zu einer kritischeren Haltung gegenüber den politischen Parteien und den politischen Institutionen, der vielfach mit dem Schlagwort der Parteien- bzw. Politikverdrossenheit belegt worden ist. So ist beispielsweise das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen zurückgegangen, darunter am stärksten das Vertrauen in die politischen Parteien (Veen 1986; Rieger 1994: 462; Krüger 1995: 257). Bezüglich der politischen Parteien wird dies wohl am anschaulichsten belegt durch eine Zeitreihe des Instituts für Demoskopie, Allensbach, nach der der Anteil der Wähler, die von den Bundestagsparteien enttäuscht sind, zwischen 1983 und 1993 von 29 Prozent auf 57 Prozent anstieg (Köcher 1994).

Für die Bürger der ehemaligen DDR stehen entsprechende Zeitreihen leider nicht zur Verfügung. Die verfügbaren zeitgeschichtliche Analysen stimmen aber dahingehend überein, daß das Gros der DDR-Bürger dem politischen System innerlich distanziert gegenüberstand. Rein äußerlich paßte sich die große Mehrheit zwar den Forderungen der politischen Führung an, wozu einerseits das ritualisierte Bekenntnis zum Sozialismus und andererseits die Mitarbeit in der SED und den Massenorganisationen gehörten, soweit dies im Interesse des eigenen Fortkommens opportun erschien. Ansonsten herrschte jedoch der Rückzug ins Private vor. Diese relativ deutliche Trennung der privaten und der öffentlichen Sphäre wurde von Lemke (1991: 13) als *politische Doppelkultur* bezeichnet, von Sontheimer (1990: 74) gar als *kollektive Schizophrenie*. Insofern ist also zu konstatieren, daß das SED-Regime entgegen seinen Intentionen den Rückzug ins Private eher förderte. Hinzu kam noch, daß die einzige Errungenschaft der DDR, die von den Bürgern mehrheitlich geschätzt wurde, nämlich das außerordentlich hohe Maß an sozialer Sicherheit, die traditionell passive Haltung der Bürger gegenüber dem Staat noch förderte (Rytlewski 1989: 223; Sontheimer 1990: 67ff.). Denn diese sozialen Leistungen wurden durch einen paternalistischen Wohlfahrtsstaat und nicht in Form eines kollektiven Solidarsystems erbracht, zu dem die Bürger selbst ihren Beitrag leisten mußten.

In den achtziger Jahren bildete sich allerdings daneben eine alternative politische Kultur heraus, die primär von kirchlich engagierten Gruppen und Künstlern bzw. Intellektuellen getragen wurde. Diese blieb jedoch auf eine kleine Minderheit beschränkt. Nur während der Protestphase im Herbst 1989 ergriff eine politische Mobilisierungswelle kurzzeitig eine größere Zahl von DDR-Bürgern und riß sie aus ihrer politischen Apathie. Dieser Zustand ebte aber sehr schnell wieder ab, was sich u.a. anhand der Jugendumfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung nachvollziehen läßt (Sontheimer 1990: 84; Friedrich/Förster 1991: 701).

Im Vergleich zur alten Bundesrepublik darf man also unterstellen, daß die Bürger der DDR ein geringeres Maß an politischer Mobilisierung aufwiesen und gleichzeitig angesichts jahrzehntelanger Erfahrung mit einem autoritären politischen System auch eher niedrige Erwartungen an die Beeinflussbarkeit politischer Entscheidungen hatte. Angesichts dieser Voraussetzungen ist es nicht verwunderlich, daß den Bürgern in den neuen Bundesländern unmittelbar nach dem Umbruch verschiedentlich nachgesagt wurde, ihre politische Kultur entspreche in etwa der Westdeutschlands in den fünfziger Jahren (Bauer 1991: 438; Gensicke 1992a: 674). Gleichzeitig zeigten die Umfragen von Anfang der neunziger Jahre aber eine im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich höhere Bereitschaft zur Nutzung direkter politischer Aktionsformen wie Demonstrationen, Streiks usw. (Bauer 1991: 444; Hoffmann-Lange 1994: 99f.). Insofern kann man davon ausgehen, daß die Erfahrungen des Herbstes 1989, auch wenn diese von den meisten DDR-Bürgern nur passiv erlebt wurden, aufgrund ihrer großen symbolischen Bedeutung doch bewußtseinsbildend gewirkt haben (vgl. Schmitt-Beck /Weins in diesem Band).

### 3. Die empirische Erfassung kognitiver politischer Mobilisierung und politischer Effektivität

Angesichts der theoretischen Bedeutung, die dem Konzept der politischen Effektivität für die politische Kulturforschung zukommt, enthalten sehr viele politische Meinungsumfragen Meßinstrumente zu deren Erfassung. Kernbestand waren in der Regel die bereits genannten vier Items, jedoch wurde seit den sechziger Jahren auch mit anderen Formulierungen und Items experimentiert. Dies war vor allem deshalb notwendig, weil mit dem Auseintreten interner und externer politischer Effektivität die geringe Anzahl von nur zwei Items pro Dimension vielfach als zu gering empfunden wurde.<sup>2</sup>

Im vorliegenden Kapitel werden die Verteilungen für die interne und externe politische Effektivität in Ost- und Westdeutschland sowie deren Beziehungen zu anderen politischen Einstellungen und Verhaltensbereitschaften

2 Die Political-Action-Studie enthielt je drei Items zu *internal political efficacy* und *system responsiveness* (Barnes/Kaase u.a. 1979). Im Rahmen der amerikanischen Wahlstudien wurde Ende der achtziger Jahre sogar der Versuch unternommen, ein gänzlich neues Meßinstrument zu entwickeln, das diese beiden Konzepte sehr viel differenzierter als zuvor erfassen sollte. Dieses wurde in einer Pilotstudie zur amerikanischen Wahlumfrage von 1988 getestet (vgl. Craig u.a. 1990; Niemi u.a. 1991). Zu den Versuchen einer Modifikation und Erweiterung der deutschen Fragenbatterie vgl. Vetter 1995.

untersucht. Dabei dient hauptsächlich der im Februar 1995 durchgeführte KSPW-Bus als Datengrundlage. Daneben wird auf die Daten des DJI-Jugendsurvey 1992 zurückgegriffen, einer repräsentativen Umfragen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 29 Jahren. Aus Vergleichsgründen werden hier allerdings nur die Befragten ab 18 Jahren berücksichtigt. Dies sind in den alten Bundesländern 3970, in den neuen 2113.<sup>3</sup> Die Berücksichtigung beider Umfragen ermöglicht Vergleiche zwischen jüngeren und älteren Befragten.<sup>4</sup> Zur Feststellung von Entwicklungen über die Zeit werden für die alten Bundesländern zusätzlich auch noch Randverteilungen aus früheren Umfragen herangezogen. Die Tabellen enthalten aber aus Gründen der Übersichtlichkeit meist nur die Ergebnisse für den KSPW-Bus.

Der Fragebogen des KSPW-Bus enthielt eine Fragenbatterie von fünf Items, eines zur internen politischen Effektivität (IPE) und vier zur externen (EPE). Davon wurden zwei der traditionellen EPE-Items in der Formulierung „umgedreht“, d.h. in positiver statt in negativer Richtung formuliert. Im Fragebogen des DJI-Jugendsurvey waren insgesamt sechs Items einer neuen amerikanischen Fragenbatterie enthalten, vier EPE- und zwei IPE-Items. Die Randverteilungen für diese Items, aufgeschlüsselt nach neuen und alten Bundesländern sowie nach Altersgruppen finden sich in Tabelle 1.

Für Westdeutschland zeigen sich für die Gruppe der 18- bis 29jährigen durchweg hohe Übereinstimmungen zwischen den beiden Umfragen. Eine Ausnahme macht lediglich das Item, daß die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, das 1992 über 4 Prozent mehr Zustimmung erhielt. In den neuen Bundesländern sind die Unterschiede zwischen den beiden Studien größer. Vor allem springt hier der relativ deutliche Unterschied bei dem Item ins Auge, die Politik sei viel zu kompliziert, um sie verstehen zu können. Man könnte diesen Unterschied unter Vorbehalt dahingehend interpretieren, daß die Zahlen für 1992 noch ein hohes Maß an kognitiver Verunsicherung durch den Umbruch in den neuen Bundesländern reflektieren, während inzwischen vor allem der Anteil der jüngeren Bürger zugenommen hat, die sich ein hinreichendes Verständnis politischer Vorgänge zubilligen. Ohne zusätzliche Daten läßt sich dies aber nicht endgültig klären. Auf jeden Fall liegt 1995 bei den Befragten ab 30 Jahren der Anteil derjenigen, die sich ein solches Verständnis zubilligen, nur unwesentlich unter den Zahlen für Westdeutschland.

3 Der DJI-Jugendsurvey 1992 wurde im Herbst 1992 im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts von GfM-GETAS durchgeführt (vgl. Hoffmann-Lange 1995). Er umfaßte insgesamt 4526 Befragte in den alten und 2564 in den neuen Bundesländern.

4 Leider betragen die Fallzahlen für diese Altersgruppe im KSPW-Bus lediglich 186 Befragte im Westen und 137 im Osten, so daß sich der Vergleich auf die globalen Randverteilungen beschränken muß.

Tabelle 1: Interne und externe politische Effektivität

	NBL			ABL		
	DJI- Jugend- survey 18-29	KSPW-Bus 1995 18-29	30+	DJI- Jugend- survey 18-29	KSPW-Bus 1995 18-29	30+
<b>I. Interne politische Effektivität</b>						
Die ganze Politik ist manchmal so kompliziert, daß jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht <sup>1</sup>	30	44	37	36	38	42
Ich verstehe eine Menge von Politik	39	–	–	41	–	–
<b>II. Externe politische Effektivität</b>						
Die Parteien wollen nur Stimmen der Wähler, bzw Wählerinnen, ihre Ansichten interessieren sie nicht <sup>2</sup>	16	20	20	19	23	24
Politiker bzw Politikerinnen kümmern sich darum, was einfache Leute denken <sup>3</sup>	20	22	27	24	24	31
Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung <sup>4</sup>	23	27	21	31	30	35
Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung	–	19	23	–	23	27
Bei uns gibt es nur einige wenige Mächtige und alle anderen haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut	24	–	–	29	–	–

Angaben: Prozent „effektiver“ Antworten.

- 1 DJI-Jugendsurvey: Manchmal finde ich die Politik viel zu kompliziert, als daß ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte.
- 2 DJI-Jugendsurvey: Die Politiker sind doch nur noch daran interessiert, gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.
- 3 DJI-Jugendsurvey: Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.
- 4 DJI-Jugendsurvey: Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut.

Quellen: KSPW 1995; DJI-Jugendsurvey 1992.

Im Ost-West-Vergleich fällt vor allem der deutlich geringere Anteil der Befragten im Osten auf, die die Meinung vertreten, daß die einfachen Bürger einen Einfluß auf die Regierung haben. Eine vergleichbarer Unterschied zeigte sich auch 1992 im DJI-Jugendsurvey. Allerdings ist diese Ost-West-Differenz bei den jüngeren Befragten im KSPW-Bus 1995 fast verschwunden.

Tabelle 2 enthält für Westdeutschland Zeitreiheninformationen für diejenigen Items, die bereits in früheren Untersuchungen enthalten waren. Diese zeigen zunächst einen deutlichen Anstieg bei den Items zur internen politi-

schen Effektivität. Für die Items zur externen politischen Effektivität ergibt sich demgegenüber ein leicht rückläufiger Trend, wobei allerdings die Fluktuationen relativ ausgeprägt sind.

*Tabelle 2: Entwicklung interner und externer politischer Effektivität in Westdeutschland, 1969–1995*

	1969	1972	1974	1976	1980	1986	1989	1995
Politik zu kompliziert	21	35	33	40	36	53	54	41
Wählen einziger Weg	20	26	24	–	26	35	34	–
Parteien wollen nur Stimmen	–	–	–	–	–	33	27	24
Politiker kümmern sich (nicht) <sup>1</sup>	32	40	33	44	42	30	24	30
Kein Einfluß auf die Regierung	31	35	26	39	40	37	37	34
Abgeordnete bemühen sich um (verlieren schnell) Kontakt mit den Wählern	–	–	–	–	–	20	16	26

Angaben: Prozent „effektiver“ Antworten.

1 Bei Baker u.a.. (1981: 29) werden für diese Items höhere Anteilswerte für 1969 (38 Prozent) und 1972 (47 Prozent) berichtet, bei Vetter (1995: 23) 38 Prozent und 40 Prozent.

Quellen: Für 1969–1980 (Gabriel 1986: 209) Für 1974 und 1986: Studie: „Ansprüche der Bürger an den Staat“ (Vetter 1995: 152 ff.) Für 1995: KSPW.

Mit den Daten beider Umfragen wurden verschiedene Hauptkomponentenanalysen durchgeführt, um die Dimensionalität der Items festzustellen und eine den Daten angemessene Entscheidung für die Bildung von Indizes treffen zu können. Dabei ergaben sich vor allem bei den KSPW-Bus-Daten wegen der teilweise recht niedrigen Interitem-Korrelationen erhebliche Probleme. Die Korrelationskoeffizienten liegen hier durchweg unter  $r = .40$ . Dies ist allerdings weniger als ein Problem dieser speziellen Umfrage anzusehen, sondern weist auf grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Messung eines so komplexen Konzepts mit einer so kleinen Zahl von Items. Neben der Tatsache, daß von Umfrage zu Umfrage nicht nur die Anzahl der Items, sondern auch deren Formulierung variiert wurde, so daß man in fast jeder Umfrage eine spezifische Kombination von Items vorfindet, ist dies einer der Hauptgründe dafür, daß die Dimensionalität wie auch die Zuordnung einzelner Items zu den Dimensionen über die verschiedenen Umfragen hinweg nicht stabil ist.

Beim DJI-Jugendsurvey laden die vier in Tabelle 1 ausgewiesenen Items zur externen politischen Effektivität auf einem Faktor und weisen darüber hinaus eine zufriedenstellende Reliabilität von .81 auf. Dies rechtfertigt die weitere Verwendung der Factor Scores als *Index der externen politischen Effektivität*. Beim KSPW-Bus dagegen konnte das Item „Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung“ wegen einer zu geringen Ladung und zu geringer Re-

liabilitätswerte nicht bei der Indexbildung berücksichtigt werden.<sup>5</sup> Hier werden daher nur die Factor Scores für die anderen drei Items als Index verwendet.<sup>6</sup>

Zur Messung der internen politischen Effektivität findet sich im KSPW-Bus 1995 nur ein einziges Item.<sup>7</sup> Gleichzeitig laden die beiden im DJI-Jugendsurvey 1992 enthaltenen Items zwar auf einem gemeinsamen Faktor, der Korrelationskoeffizient zwischen ihnen liegt jedoch mit  $r = -.33$  zu niedrig, um eine Indexbildung zu rechtfertigen. Stattdessen wurde auf das theoretisch verwandte Konzept der *kognitiven politischen Mobilisierung* zurückgegriffen. Die Verwendung dieses Konzepts hat den Vorteil, daß es einen direkten Bezug zur Wertewandelsforschung und den dort konstatierten Entwicklungen in den politischen Einstellungen und den politischen Verhaltensmustern der Bürger hochentwickelter Demokratien aufweist.

Der Begriff der *kognitiven politischen Mobilisierung* wurde von Inglehart (1977; 1989) in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt. Hierzu zählte dieser v.a. Bildung und „politische Involviertheit“ (political involvement), die er über die Häufigkeit politischer Gespräche operationalisierte. Gabriel nennt in diesem Zusammenhang das politische Interesse, die Bewertung der Wichtigkeit der Politik für das eigene Leben und die Fähigkeit, politische Informationen zu verarbeiten (1986: 179). Der Begriff der kognitiven politischen Mobilisierung wird also in der Regel weiter gefaßt als der der internen politischen Effektivität.

Dementsprechend wurden bei den hier analysierten Umfragen das politische Interesse, die subjektive Bedeutung von Politik sowie die Häufigkeit politischer Gespräche als Indikatoren für die kognitive politische Mobilisierung herangezogen. Daneben wurden auch die verfügbaren Items zur internen politischen Effektivität berücksichtigt. Faktorenanalysen dieser Variablen ergaben für beide Datensätze eindimensionale Lösungen, auch wenn die Ska-

5 Dieses Ergebnis entspricht auch den Analysen von Vetter mit einem anderen Datensatz (Vetter 1995: 114ff.). Demgegenüber entsprechen die Ergebnisse von Niemi u.a. (1991: 1410) denen des DJI-Jugendsurveys, d.h. dieses Item lädt bei ihnen auf der externen Dimension.

Zu diesem Item ist generell festzustellen, daß es von verschiedenen Autoren unterschiedlich zugeordnet worden ist. In den amerikanischen Studien wird es in der Regel als Teil der externen Dimension betrachtet (Abramson 1983: 143; Vetter 1995: 57), Gabriel hingegen behandelt es als der internen Dimension zugehörig (1986: 209f.). Im DJI-Jugendsurvey lädt dieses Item eindeutig auf der externen Dimension und weist auch hohe Korrelationen mit den übrigen Items dieser Dimension auf.

6 Aufgrund der niedrigen Interitem-Korrelationen liegt der Reliabilitätskoeffizient aber dennoch nur bei .61.

7 Das Item „Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung“ sollte von der Intention her als zweites Item diese Dimension abdecken. Es lädt jedoch auf beiden Dimensionen gleichermaßen und ist damit nicht trennscharf (Vetter 1995: 125ff.).

lenqualität der einbezogenen Variablen höheren meßtheoretischen Anforderungen nicht ganz genügt. Da ein solcher, mehr Variablen umfassender Index aber robuster gegenüber den Unterschieden im Bedeutungsgehalt der einbezogenen Variablen ist und die ihnen gemeinsame Komponente stärker zum Tragen bringt, können die Faktorenwerte der Befragten als hinlänglich reliabler *Index der kognitiven politischen Mobilisierung* betrachtet werden.<sup>8</sup>

#### 4. Kognitive politische Mobilisierung

Faktorenwerte sind standardisierte Variablen mit einem Mittelwert von 0 und einer Varianz von 1. Sie erlauben daher keinen Vergleich der Verteilungen zwischen Umfragen, sondern lediglich Vergleiche zwischen verschiedenen Untergruppen einer Umfrage. Auch sagen sie nichts darüber aus, ob die gefundenen Durchschnittswerte in einem absoluten Sinne als „hoch“ oder als „niedrig“ anzusehen sind. Hierfür muß man vielmehr auf die Ursprungsvariablen zurückgehen. Dabei zeigen die Werte in Tabelle 2 zunächst, daß das Niveau der verschiedenen Indikatoren für *interne politische Effektivität* im Westen im Zeitverlauf zugenommen hat. Dennoch ist die Politik für die Mehrheit der Bürger aber nach wie vor ein Bereich, für den sie nur ein begrenztes Interesse und Verständnis aufbringen. Der Anteil derjenigen mit großem politischem Interesse beträgt in beiden Umfragen weniger als ein Drittel. Es ist dabei in der Erwachsenenbevölkerung etwas höher als bei Jugendlichen.<sup>9</sup> Etwa die Hälfte der Befragten liest täglich eine Zeitung (West: 51 Prozent, Ost: 60 Prozent), und ein fast ebenso hoher Prozentsatz gab an, zumindest gelegentlich über politische Fragen zu diskutieren (West: 45 Prozent; Ost: 48 Prozent). Dagegen liegt der Anteil derjenigen, die versuchen, Freunde von ihrer eigenen Meinung zu überzeugen, mit 30 Prozent im Westen und 26 Prozent im Osten deutlich niedriger.

Für einen Vergleich zwischen verschiedenen Untergruppen in der Stichprobe sowie zur Analyse der Beziehungen des Index *kognitive politi-*

8 Die Beziehungen zwischen den einbezogenen Facetten der kognitiven politischen Mobilisierung sind unterschiedlich eng. Sie reichen beim KSPW-Bus von  $r = .20$  bis  $r = .52$ , beim DJI-Jugendsurvey von  $r = .21$  bis  $r = .60$ . Hauptkomponentenanalysen ergaben jeweils nur einen einzigen relevanten Faktor, der im ersten Fall 56.8 Prozent, im zweiten 50.6 Prozent der Gesamtvarianz erklärt. Die Reliabilitätskoeffizienten liegen bei .67 bzw. .71.

9 Im KSPW-Bus 1995 beträgt der Anteil im Westen 26 Prozent, im Osten 25 Prozent. Im DJI-Jugendsurvey 1992 sind es bei den 18-29jährigen im Westen 22 Prozent, im Osten 23 Prozent.

*sche Mobilisierung* mit anderen Variablen, wurden dessen Werte in Tabelle 3 so unterteilt, daß jeweils 30 Prozent aller Befragten in der Stichprobe in die Kategorie „hoch“ bzw. „niedrig“ fallen, 40 Prozent hingegen in die Mittelkategorie. Dabei zeigen sich praktisch keine Unterschiede zwischen den Befragten in Ost- und Westdeutschland, wohl aber deutliche Unterschiede nach Bildungsniveau<sup>10</sup> und Geschlecht. Bei den Befragten des KSPW-Bus mit (Fach-)Abitur beträgt der Anteil der Befragten mit einem hohen Niveau kognitiver politischer Mobilisierung jeweils 58 Prozent, bei denjenigen mit Hauptschulabschluß liegt er dagegen bei unter einem Fünftel. Dieser Effekt des Bildungsniveaus ist in den alten und den neuen Bundesländern und in den verschiedenen Altersgruppen etwa gleich stark ausgeprägt.

*Tabelle 3:* Kognitive politische Mobilisierung in verschiedenen Untergruppen, 1995

	NBL				ABL			
	Kognitive niedrig	politische mittel	Mobilisierung hoch	N	Kognitive niedrig	politische mittel	Mobilisierung hoch	N
Insgesamt	30	40	29	934	28	41	31	951
Geschlecht								
männlich	21	39	40	442	17	42	41	432
weiblich	39	42	20	492	38	40	22	519
Schulbildung								
Hauptschule	43	40	17	364	42	42	17	513
Mittlere Reife	30	43	28	388	14	49	38	229
(Fach-) Abitur	6	37	58	181	12	30	58	208
Wertorientierung <sup>1</sup>								
materialistisch	48	38	15	299	42	41	17	230
postmaterialistisch	7	32	61	75	12	33	55	181

Angaben: Zeilenprozent.

1 Inglehart-Index: Berücksichtigt wurden nur die beiden Extremtypen der reinen Materialisten und reinen Postmaterialisten.

Quelle: KSPW 1995.

Die weiblichen Befragten weisen ein erheblich geringeres Niveau kognitiver politischer Mobilisierung auf. Gleichzeitig liegt allerdings in der Erwachsenenbevölkerung ihr Bildungsniveau auch deutlich niedriger. So beträgt beispielsweise im KSPW-Bus der Anteil der weiblichen Befragten mit (Fach-)Abitur im Westen 19 Prozent im Vergleich zu 25 Prozent bei den Männern, im Osten liegt diese Relation bei 15 Prozent zu 25 Prozent. Dagegen existie-

10 Bei der Konstruktion der Variablen „Bildungsniveau“ wurde bei Schülern der angestrebte Bildungsabschluß berücksichtigt. Befragte ohne Hauptschulabschluß wurden der Kategorie „Hauptschule“ zugeordnet.

ren in der jüngeren Generation nur noch minimale Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Geschlechtern. Da aber auch hier der Anteil der weiblichen Befragten mit einem hohen Niveau kognitiver politischer Mobilisierung deutlich unter dem der männlichen liegt, muß dies an anderen Ursachen liegen. Dies bestätigt eine statistische Kontrolle nach dem Bildungsniveau, die mit den KSPW-Daten durchgeführt wurde. Die Prozentsatzdifferenz zwischen weiblichen und männlichen Befragten beträgt in allen Bildungsgruppen über 15 Punkte. Sie ist zudem in den neuen Bundesländern nur unwesentlich geringer als in den alten. Lediglich bei den jungen Befragten des DJI-Jugendsurvey von 1992 beträgt sie im Osten durchschnittlich nur 12 Prozent. Aber auch dieser Wert ist noch beträchtlich und zeigt, daß die traditionellen Geschlechtsrollenmuster sich letztlich selbst gegen die Bemühungen der DDR-Führung um eine systematische politische Mobilisierung der Frauen behaupten konnten (Hoffmann-Lange u.a. 1993).

Neben der Bildungsexpansion wurde vielfach der Wertewandel in Richtung einer stärkeren Betonung ideeller, postmaterialistischer Ziele als eine wesentliche Voraussetzung für die Zunahme der kognitiven politischen Mobilisierung in den letzten Jahrzehnten ausgemacht. Da in beiden Umfragen der Postmaterialismus-Index von Inglehart enthalten war, läßt sich die Richtigkeit dieser Annahme prüfen.<sup>11</sup> Die Anteilswerte in Tabelle 3 bestätigen die theoretischen Erwartungen, denn postmaterialistische Befragte weisen ein wesentlich höheres Niveau kognitiver politischer Mobilisierung auf. Dieses ist nun allerdings teilweise darauf zurückzuführen, daß ein relativ engen Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und Bildungsniveau existiert. Während der Anteil der Materialisten bei den Hauptschulabsolventen im Westen bei etwa einem Drittel (34 Prozent) und im Osten sogar bei knapp der Hälfte (50 Prozent) liegt, beträgt er bei den Befragten mit Abitur lediglich 8 Prozent bzw. 16 Prozent. Unter diesen wiederum finden sich im Westen 41 Prozent und im Osten 18 Prozent Postmaterialisten.<sup>12</sup>

11 Enthalten war jeweils der Kurzindex, der die Wertorientierung der Befragten aufgrund einer Rangordnung der folgenden vier Ziele erfaßt:

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande (materialistisch).
- Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung (postmaterialistisch).
- Kampf gegen die steigenden Preise (materialistisch).
- Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung (postmaterialistisch).

Befragte, die den beiden materialistischen Zielen die ersten beiden Rangplätze zuwiesen, wurden als „materialistisch“ klassifiziert, im umgekehrten Fall als „postmaterialistisch“. Ferner wurden auch die beiden Mischtypen gebildet, die jedoch in Tabelle 3 nicht ausgewiesen sind.

12 Für die jüngeren Befragten im DJI-Jugendsurvey sind die Beziehungen zwischen Bildungsniveau und Wertorientierung vergleichbar, allerdings liegt der Anteil der

Da man davon ausgehen kann, daß Bildung die primäre Ursache für kognitive politische Mobilisierung ist, ist im vorliegenden Zusammenhang natürlich die Frage von Interesse, ob die Wertorientierung einen zusätzlichen Effekt hat, wenn man das Bildungsniveau konstant hält. Dies ist tatsächlich der Fall. Die postmaterialistisch orientierten Befragten weisen in jeder Bildungsgruppe ein deutlich höheres Niveau kognitiver politischer Mobilisierung auf. Dies läßt sich wegen der größeren Fallzahlen mit den Zahlen des DJI-Jugendsurvey von 1992 besser demonstrieren. Fast ein Drittel der postmaterialistisch orientierten Hauptschulabsolventen im Westen (31 Prozent) fällt in die Gruppe mit hoher kognitiver politischer Mobilisierung, während es in der Gesamtgruppe der Hauptschulabsolventen lediglich 20 Prozent sind. In den neuen Bundesländern liegen die entsprechenden Werte bei bei 30 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent.

Diese Ergebnisse bestätigen die Validität des gebildeten Index der kognitiven politischen Mobilisierung. Auch die Zusammenhänge dieses Index mit weiteren Variablen entsprechen den theoretischen Erwartungen (Tabelle 5).<sup>13</sup> Dies gilt insbesondere für die Partizipationsbereitschaften, also die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, den Besuch politischer Versammlungen und persönliche Kontakte mit Politikern. Vergleichbare Ergebnisse wurden an anderer Stelle für die Daten des DJI-Jugendsurvey 1992 präsentiert (Hoffmann-Lange u.a. 1995).

Die gefundenen Beziehungen bestätigen, daß die kognitive politische Mobilisierung eine wesentliche Voraussetzung für die Einbindung in das politische System ist. Bei fast gleichem Niveau in den alten und den neuen Bundesländern, ist ihre Bedeutung für die Wahlbeteiligung und die Parteiidentifikation im Osten sogar noch etwas höher als im Westen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß hier traditionelle Mechanismen der Einbindung der Bürger in das politische System wie die Wahlnorm (Rattinger/Krämer 1995: 270) bzw. die sozialstrukturelle Vermittlung von Parteiidentifikationen (Weßels 1994c) nicht im selben Maße vorhanden sind.

Postmaterialisten im Osten mit 17 Prozent aller Befragten und 27 Prozent bei den Abiturienten deutlich höher.

- 13 Die ersten drei Zeilen der Tabelle 5 fassen die Ergebnisse für Geschlecht, Bildungsniveau und Wertorientierung nochmals in kompakter Form zusammen. Da es hier nur um ungefähre Größenordnungen des Zusammenhangs geht, wurden dabei die beiden Variablen Bildungsniveau und Wertorientierung mit in die Tabelle 5 aufgenommen, obwohl es sich dabei vom Meßniveau her um ordinale Variablen handelt, die die metrischen Voraussetzungen für die Verwendung des Korrelationskoeffizienten nicht erfüllen.

## 5. Externe politische Effektivität

Bei der *externen politischen Effektivität* weist Tabelle 1 recht niedrige Werte aus, die in den neuen Bundesländern sogar noch etwas unter denen im Westen liegen. Die Zeitreihendaten in Tabelle 2 zeigen zudem einen rückläufigen Trend. Allerdings deuten die ausgeprägten Fluktuationen darauf hin, daß die Einschätzung der Responsivität des politischen Systems auch relativ stark von der aktuellen politischen Lage abhängt. Verglichen mit früheren Zeitpunkten ist sie 1995 im Westen trotz der durch die Vereinigungsfolgen bedingten Probleme nicht einmal ausgeprägt niedrig, und selbst in den neuen Bundesländern liegen die Werte nur unwesentlich niedriger. Man sollte diese Items daher eher als einen Ausdruck von Skepsis gegenüber den Politikern, denn als ein Legitimitätsdefizit des politischen Systems betrachten (Küchler 1982: 52f.; Schedler 1993: 423).<sup>14</sup>

Anders als bei der kognitiven politischen Mobilisierung hat das Geschlecht kaum Einfluß auf die perzipierte Responsivität des politischen Systems (Tabellen 4 und 5). In den alten Bundesländern existieren aber deutliche Unterschiede nach Schulbildung. Befragte mit (Fach-)Abitur weisen hier ein höheres Maß an externen politischer Effektivität auf als solche, die lediglich die Hauptschule besucht haben. Für die neuen Bundesländer findet sich ein entsprechender, wenn auch deutlich schwächerer Zusammenhang aber lediglich im DJI-Jugendsurvey (West:  $r = .24$ ; Ost:  $r = .13$ ).

Die geringere Bedeutung des Bildungsniveaus für die externe politische Effektivität in den neuen Bundesländern dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der Zugang zur EOS und damit zum Abitur in der DDR nach politischer Zuverlässigkeit kanalisiert wurde, so daß die Identifikation mit der DDR und dementsprechend das Mißtrauen gegenüber dem liberaldemokratischen System des Westens in der höchsten Bildungsgruppe am größten war. Dieses Muster ist bei den erwachsenen Bürgern in den neuen Bundesländern immer noch erkennbar, während die Daten des DJI-Jugendsurvey ausweisen, daß in der jüngeren Generation schon kurz nach der Vereinigung Deutschlands eine gewisse Angleichung an die in Westdeutschland üblichen Muster einsetzte.

14 Im internationalen Vergleich bleiben die Werte für Deutschland etwas hinter denen für die USA und die Schweiz zurück (Vetter 1995: 21ff.; Longchamp 1993: 59), entsprechen jedoch in etwa denen für Österreich (Schedler 1993; Barnes/Kaase u.a. 1979: 574).

*Tabelle 4:* Externe politische Effektivität in verschiedenen Untergruppen, 1995

	NBL				ABL			
	Externe politische Effektivität			N	Externe politische Effektivität			N
	niedrig	mittel	hoch		niedrig	mittel	hoch	
Insgesamt	33	39	28	859	29	39	32	922
Geschlecht								
männlich	31	38	31	420	29	38	32	422
weiblich	35	39	26	439	29	39	31	500
Schulbildung								
Hauptschule	34	35	31	329	35	37	27	492
Mittlere Reife	35	38	27	359	23	42	35	227
(Fach-) Abitur	28	47	25	170	21	40	39	202
Wertorientierung <sup>1</sup>								
materialistisch	38	31	31	272	30	43	27	218
postmaterialistisch	26	46	29	66	26	41	34	179

Angaben: Zeilenprozent.

1 Inglehart-Index: Berücksichtigt wurden nur die beiden Extremtypen der reinen Materialisten und reinen Postmaterialisten.

Quelle: KSPW 1995.

In der öffentlichen Diskussion wird die vielbeschworene Politikverdrossenheit vor allem dem Erscheinungsbild der Politiker und der politischen Parteien angelastet. Dies ist sicherlich nicht verkehrt, wenn man bedenkt, daß Politik von den Bürgern vor allem als Handeln politischer Akteure wahrgenommen wird. Dementsprechend zeigen die Korrelationskoeffizienten in Tabelle 5 einen nicht unbeträchtlichen Zusammenhang zwischen dem Index der externen politischen Effektivität und dem Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung. Dieser ist in den neuen Bundesländern noch ausgeprägter als in den alten. Die Koeffizienten für die jüngeren Befragten des DJI-Jugendsurvey liegen im Westen höher als in der Gesamtbevölkerung, während im Osten keine Unterschiede zwischen der Altersgruppen existieren (Hoffmann-Lange u.a. 1995: 372). Dies kann mit Vorbehalt dahingehend interpretiert werden, daß das Vertrauen in die politischen Institutionen bei den jüngeren Befragten im Westen wie auch bei den Bürgern der neuen Bundesländer stärker von der Wahrnehmung einer Responsivität der Politiker abhängt, während die älteren Befragten im Westen offensichtlich eher bereit sind, den politischen Institutionen auch dann zu vertrauen, wenn sie eine nur geringe Meinung von der Responsivität der Politiker haben.

Vielfach wird das in Westdeutschland und den anderen westlichen Demokratien seit den sechziger Jahren gesunkene politische Vertrauen mit dem Wertewandel in Verbindung gebracht. Dabei geht man davon aus, daß sich postmaterialistisch orientierte Befragte durch ein besonders geringes politi-

ches Vertrauen auszeichnen. Hierbei ist jedoch zwischen verschiedenen Aspekten politischen Vertrauens zu differenzieren. So haben postmaterialistische Befragte zwar ein geringeres Vertrauen in konservative Regierungen als materialistische (Gabriel 1986: 252ff.). Dieses erstreckt sich aber nicht auf die wahrgenommene Responsivität der Politik(er). Gabriel (1986: 218) wies bereits anhand der Daten der Political Action-Studie nach, daß im Gegenteil die postmaterialistisch orientierten Befragten die Verantwortlichkeit der Politiker überdurchschnittlich günstig beurteilen, und auch die hier analysierten Umfragedaten bestätigen dies erneut. Stattdessen zeichnen sich eher die materialistischen Befragten durch ein unterdurchschnittliches politisches Niveau externer politische Effektivität aus (Tabelle 4). Damit sind also andere Faktoren für den Vertrauensschwund in die Politik verantwortlich.<sup>15</sup>

*Tabelle 5: Zusammenhänge kognitiver politischer Mobilisierung und externer politischer Effektivität mit demographischen Variablen Wertorientierung, Partizipationsbereitschaften und politischem Vertrauen, 1995*

	kognitive politische Mobilisierung		externe politische Effektivität	
	NBL	ABL	NBL	ABL
Geschlecht	-.27	-.25	-.07	-.03
Bildungsniveau <sup>1</sup>	.38	.43	-.01	.14
Wertorientierung <sup>2</sup>	.35	.32	-.02	.03
Bereitschaft zur Mitarbeit in einer politischen Partei	.38	.39	.08	.11
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	.35	.35	-.03	.03
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	.25	.27	-.03	.01
Besuch politischer Versammlungen	.55	.51	.19	.14
Kontakte mit Politikern	.47	.49	.17	.15
Unterstützung eines Kandidaten oder einer politischen Partei	.45	.39	.20	.18
Vertrauen in den Bundestag	-.08	-.03	.34	.24
Vertrauen in die Bundesregierung	-.12	-.11	.39	.24
Wahlbeteiligung an BTW 1994 ja-nein	.27	.19	.08	.12
Parteidentifikation ja-nein	.32	.22	.24	.10
Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik	-.06	.05	.18	.13

Angaben: Pearsons r.

1 1=Hauptschule, 2=mittlere Reife, 3=(Fach-) Abitur.

2 Inglehart-Index: 1=materialistisch bis 4=postmaterialistisch.

Quelle: KSPW 1995.

15 Auch die Korrelationskoeffizienten zwischen dem Postmaterialismus-Index und dem Vertrauen in verschiedene gesellschaftliche und politische Institutionen sind durchweg niedrig und gehen über  $r = -.21$  (Bundestag) bzw.  $r = -.24$  (Bundeswehr) nicht hinaus.

Im Gegensatz zur kognitiven politischen Mobilisierung zeigen die Werte in Tabelle 5, daß das Ausmaß der externen politischen Effektivität keinen politischen Aktivierungseffekt hat. Dies gilt für konventionelle wie unkonventionelle Partizipationsformen gleichermaßen, und nicht zuletzt auch für diffuses Protestverhalten wie die bewußte Nichtwahl oder die Wahl extremer Parteien (Hoffmann-Lange u.a.1995: 374). Schwache Zusammenhänge existieren lediglich für parteibezogene Aktivitäten wie den Besuch politischer Versammlungen, Kontakte mit Politikern und die aktive Unterstützung von Kandidaten. Theoretisch ist dieses Ergebnis leicht erklärlich, da das Ausmaß politischer Aktivität stärker davon abhängen dürfte, ob man politischen Handlungsbedarf wahrnimmt, als davon, ob man auf die Responsivität der Politiker vertraut.

## 6. Typen politischer Mobilisierung

Die Wertewandelsforschung betrachtet das gesunkene Vertrauen in die Responsivität der Politik in erster Linie als eine Folge des gestiegenen Niveaus der kognitiven politischen Mobilisierung und der dadurch bedingten Freisetzung der Bürger aus der Abhängigkeit vom Interpretationsmonopol der politischen Parteien. Inglehart (1989) bringt diese Annahme auf die griffige Formel: „Von Eliten-gelenkter zu Eliten-lenkender Politik“.<sup>16</sup> Dies beinhaltet die Annahme eines negativen Zusammenhangs zwischen kognitiver politischer Mobilisierung und externer politischer Effektivität. Ein solcher läßt sich in den hier analysierten Daten allerdings nicht nachweisen. Tatsächlich ist der gefundene Korrelationskoeffizient schwach positiv und beträgt für die Daten des KSPW-Bus  $r = .21$  im Westen und  $r = .11$  im Osten. Im DJI-Jugendsurvey liegen die entsprechenden Werte bei  $r = .28$  und  $r = .15$ .

Auch wenn die Unterstellung eines gegenläufigen Zusammenhangs zwischen der Zunahme kognitiver politischer Mobilisierung und einer Abnahme politischen Vertrauens die Realität also stark überzeichnet, so hat das (für die USA nachgewiesene) Auseinandertreten interner und externer Effektivität doch beträchtliche Implikationen für die politische Kultur. Denn damit nimmt die Zahl der Bürger zu, die der Politik nicht aus Desinteresse distanzieren gegenüberstehen, sondern die eine hohe politische Handlungskompetenz mit einem geringen Vertrauen in die Responsivität des politischen Sy-

16 Die in der englischsprachigen Ausgabe enthaltenen Begriffe „elite-dominated“ und „elite-challenging“ trifft allerdings die theoretische Intention Ingleharts und auch die Realität wesentlich besser.

stems verbinden. In einem ähnlichen Sinne ist auch in der Literatur über die abnehmende Wahlbeteiligung vielfach auf die zunehmende Verbreitung eines neuen Typs von Nicht- bzw. Protestwählern hingewiesen worden, deren Entscheidung, der Wahl fernzubleiben, politisch motiviert ist, und die von Hoffmann-Jaberg/Roth als „bekenkende Nichtwähler“ bezeichnet wurden (1994: 138; Eilfort 1992; Feist 1994).

Diese Überlegung legt eine Typenbildung auf der Basis einer Kreuztabelle der beiden Variablen „kognitive politische Mobilisierung“ und „externe politische Effektivität“ nahe. Um das Datenmaterial optimal auszuerschöpfen, wurden beide Variablen zu diesem Zweck an ihrem Median dichotomisiert, so daß jeweils die Hälfte der Befragten den Kategorien „hoch“ und „niedrig“ zugeschlagen wurde. Dies ist bei der Interpretation der Anteilswerte in Tabelle 6 zu berücksichtigen.<sup>17</sup>

Im Westen weist etwas über ein Viertel, im Osten ein knappes Drittel der Befragten einen niedrigen Wert auf beiden Variablen auf. Diese Befragten können als *politisch Entfremdete* bzw. *politisch Apathische* bezeichnet werden. Ein deutlich überproportionaler Anteil von ihnen hat nur die Hauptschule besucht (West: 76 Prozent; Ost: 44 Prozent), der Abiturientenanteil liegt in dieser Gruppe bei unter einem Zehntel.

Der zweite Typ der kognitiv wenig mobilisierten Befragten mit einem hohem Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems entspricht dem Typ des *traditionellen, politisch nicht mobilisierten Staatsbürgers*, der die Politik den Politikern überläßt. Er umfaßt ein knappes Fünftel der Befragten. Auch die Angehörigen dieser Gruppe weisen ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Der Anteil der Hauptschulabsolventen beträgt 69 Prozent im Westen und 54 Prozent im Osten.

Zum dritten Typ gehören die kognitiv hoch mobilisierten Befragten mit geringem politischem Vertrauen, die *mobilisierten Skeptiker*. Wie bereits erwähnt, wird in der Literatur vielfach die Annahme geäußert, daß sich gerade dieser Typ in den vergangenen Jahrzehnten ausgebreitet hat. Ein Viertel der Befragten sind diesem Typ zuzurechnen. Die Angehörigen dieser Gruppe weisen ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Ein Drittel von ihnen hat (Fach-)Abitur.

17 Bei der Dichotomisierung der externen politischen Effektivität ergab sich bei den Daten des KSPW-Bus das Problem, daß sich 175 Befragte genau auf dem Medianwert befanden. Da, wie weiter oben dargestellt, die große Mehrheit der Befragten auf den in den Index einbezogenen Variablen eher niedrige Werte aufwies, wurde beschlossen, diese 175 Befragten der niedrigen Kategorie zuzuweisen. Damit fällt etwas über die Hälfte der Befragten (West: 53 Prozent; Ost: 58 Prozent) in diese Kategorie, was natürlich Rückwirkungen auf die Anteilswerte der kombinierten Typenvariable hat.

Table 6: Typen politischer Mobilisierung, 1995

	NBL					ABL				
	Entfremdete	Nicht mobilisierte Staatsbürger	Mobilisierte Skeptiker	Mobilisierte Staatsbürger	N	Entfremdete	Nicht mobilisierte Staatsbürger	Mobilisierte Skeptiker	Mobilisierte Staatsbürger	N
Insgesamt	32	18	25	25	821	28	20	25	28	881
Geschlecht										
männlich	25	14	30	31	398	23	14	28	34	401
weiblich	39	22	20	19	423	31	24	22	23	480
Schulbildung										
Hauptschule	37	26	18	20	313	39	26	18	17	470
Mittlere Reife	36	18	23	24	342	16	15	31	39	215
(Fach-) Abitur	15	4	44	37	165	12	11	34	43	195
Wertorientierung <sup>1</sup>										
materialistisch	40	27	15	18	255	39	26	18	18	208
postmaterialistisch	11	5	39	46	66	13	12	38	37	175

Angaben: Zeilenprozent.

1 Inglehart-Index: berücksichtigt wurden nur die beiden Extremgruppen der reinen Materialisten und reinen Postmaterialisten.

Quelle: KSPW 1995.

Der vierte Typ schließlich sind die *mobilisierten Staatsbürger*, die ein hohes Maß an kognitiver Mobilisierung mit einem hohen Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems verbinden. Diese Gruppe umfaßt im Westen 28 Prozent der Befragten, im Osten 25 Prozent. Das Bildungsniveau dieser Befragten ist mit einem Abiturientenanteil von 34 Prozent im Westen und von 30 Prozent im Osten ebenfalls überdurchschnittlich.

Entsprechend ihrem insgesamt niedrigeren Grad kognitiver politischer Mobilisierung, gehören die weiblichen Befragten häufiger den ersten beiden Typen an, und zwar überproportional dem Typ der politisch Entfremdeten, zu dem im Osten fast zwei Fünftel der weiblichen Befragten zu rechnen sind.

Die Zusammenhänge mit der Wertorientierung stützen im Hinblick auf postmaterialistische Befragten die Annahme Ingleharts, daß sich unter diesen ein deutlich überproportionaler Anteil von Personen befindet, die sich durch einen hohen Grad kognitiver politischer Mobilisierung bei gleichzeitig geringem Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems auszeichnen. Dieser Anteil beträgt 38 Prozent in den alten und 39 Prozent in den neuen Bundesländern.

Die Werte in Tabelle 7 bestätigen für die Demokratiezufriedenheit zunächst, daß diese in den Gruppen mit einem geringen Niveau externer politischer Effektivität niedriger liegt als in den anderen beiden. Am zufriedensten sind mobilisierten Staatsbürger, gefolgt von den nicht-mobilisierten Staatsbürgern, während Entfremdete und mobilisierte Skeptiker niedrigere Werte aufweisen und sich kaum im Ausmaß ihrer Demokratiezufriedenheit unterscheiden. In den neuen Bundesländern liegt dabei der Anteil der mit der Demokratie Zufriedenen in allen Gruppen deutlich niedriger als in den alten.

Interessanterweise ergeben sich im Hinblick auf die politischen Partizipationsbereitschaften kaum Unterschiede zwischen den mobilisierten Skeptikern und den mobilisierten Staatsbürgern. Die Angehörigen beider Gruppen weisen eine weit überdurchschnittliche Bereitschaft auf, sämtliche verfügbaren Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, und zwar traditionell repräsentationsbezogene (Wählen, Mitarbeit in Parteien) wie auch direkte Aktionsformen. Nicht einmal im Hinblick auf die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen finden sich Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Lediglich der Anteil derjenigen mit einer Parteiidentifikation ist in der Gruppe der mobilisierten Skeptiker etwas geringer.

Für praktisch alle hier betrachteten Partizipationsformen läßt sich also feststellen, daß diese primär durch das Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung, jedoch kaum durch das Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems beeinflusst werden. Lediglich die Demonstrationsbereitschaft ist bei den politisch Entfremdeten etwas höher als bei den nicht-mobilisierten Staatsbürgern, und gleichzeitig weisen die politisch Entfremdeten in den neuen Bundesländern den geringsten Anteil von Befragten mit einer Parteiidentifikation auf.

Table 7: Typen politischer Mobilisierung: Demokratiezufriedenheit und Partizipationsbereitschaften, 1995

	Insgesamt	Entfremdete	NBL Nicht mobilisierte Staatsbürger	Mobilisierte Skeptiker	Mobilisierte Staatsbürger	Insgesamt	Entfremdete	ABL Nicht mobilisierte Staatsbürger	Mobilisierte Skeptiker	Mobilisierte Staatsbürger
Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland % eher/sehr zufrieden	30	25	34	25	39	46	38	48	40	58
Parteiidentifikation % ja	64	47	61	69	83	65	55	56	70	76
Teilnahme an der BTW 94	84	75	75	93	93	90	83	85	95	96
Bereitschaft zur Mitarbeit in einer Partei	23	8	10	38	37	46	29	27	60	63
Bereitschaft zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	49	37	22	70	64	56	43	37	70	71
Bereitschaft zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	20	13	8	30	27	30	21	20	37	39

Angaben: Prozent des jeweiligen Typs.

Quelle: KSPW 1995.

Die Daten des DJI-Jugendsurvey 1992 weichen von den Ergebnissen in Tabelle 7 teilweise ab (Hoffmann-Lange u.a. 1995). In der jungen Bevölkerung zeigen sich größere Unterschiede zwischen politisch Entfremdeten und nicht-mobilisierten Staatsbürgern einerseits, und zwischen den mobilisierten Skeptikern und den mobilisierten Staatsbürgern andererseits. So ist die Bereitschaft, Wahlabstinenz zu üben, die im KSPW-Bus nicht erfragt wurde, im DJI-Jugendsurvey 1992 bei den politisch Entfremdeten am höchsten (West: 39 Prozent; Ost: 34 Prozent). Unter den mobilisierten Skeptikern liegt dieser Anteil dagegen mit 30 Prozent im Westen und 31 Prozent im Osten nicht höher als bei den mobilisierten Staatsbürgern (West: 29 Prozent; Ost: 30 Prozent). Andererseits zeigen die mobilisierten Skeptiker im DJI-Jugendsurvey eine gegenüber den mobilisierten Staatsbürgern um etwa 5 Prozent höhere Gewaltbereitschaft, nämlich 17 Prozent zu 12 Prozent im Westen und 21 Prozent zu 15 Prozent im Osten. Diese Ergebnisse sprechen dafür, daß sich in der jungen Generation Änderungen anbahnen, die in die vermutete Richtung gehen. Dies läßt sich auch in den KSPW-Bus-Daten bei einer Unterteilung nach Altersgruppen nachweisen, auf eine Ausweisung der Zahlenwerte muß jedoch wegen der geringen Fallzahlen verzichtet werden.

## 7. Fazit

Die präsentierten Ergebnisse haben gezeigt, daß einige der landläufigen Annahmen über politische Effektivität und kognitive politische Mobilisierung differenzierungsbedürftig sind. Zwar deutet sich vor allem in der jungen Generation tatsächlich die Herausbildung eines neuen politischen Typs an, dessen Angehörige ein hohes Maß an kognitiver politischer Mobilisierung mit einem geringen Vertrauen in die Responsivität des politischen Systems verbinden. Diese mobilisierten Skeptiker unterscheiden sich in ihren Verhaltensbereitschaften allerdings weit weniger von den mobilisierten Staatsbürgern, als vielfach vermutet worden ist. Bei ihnen macht sich zwar der generelle Trend zu einer Aushöhlung der Wahlnorm und zur Abnahme der Parteiidentifikation verstärkt bemerkbar. Dieser schlägt jedoch bei den politisch Entfremdeten noch sehr viel deutlicher durch. Betrachtet man nämlich das tatsächliche Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994, so zeigt sich, daß die mobilisierten Skeptiker im selben Maße von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben wie die mobilisierten Staatsbürger, während die Wahlbeteiligung bei den Angehörigen der beiden politisch wenig mobilisierten Gruppen vor allem im Osten deutlich niedriger lag.

Wesentlichstes Ergebnis der Analyse sind jedoch zweifellos die durchweg geringen Unterschiede zwischen den Bürgern in den alten und den neuen Bundesländern im Hinblick auf die untersuchten Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß. Dies gilt nicht nur für die Beziehungen zwischen den verschiedenen Variablen, sondern auch für die Randverteilungen. Weder im Hinblick auf das Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung, noch im Hinblick auf die perzipierte Responsivität des politischen Systems ergaben sich größere Unterschiede. Dies ist angesichts der weiter oben dargestellten Unterschiede in der Entwicklung der politischen Kultur der beiden deutschen Staaten in den Jahren zwischen 1945 und 1989 durchaus erstaunlich und spricht dafür, daß sich bereits in den achtziger Jahren ein Wandel in der politischen Kultur der DDR angebahnt haben muß, der eine schnelle Anpassung an die westlichen Muster erlaubte. Verschiedene Autoren haben dies darauf zurückgeführt, daß die Bundesrepublik für die DDR-Bürger schon längere Zeit als *Referenzgesellschaft* fungiert hatte (Bauer 1991: 441; Bluck/Kreikenbom 1991). Daneben hat jedoch in der DDR ein durchaus eigenständiger Prozeß des Wertewandels stattgefunden, der lediglich aufgrund der politischen Verhältnisse weitgehend unsichtbar blieb, da er sich auf den privaten Raum beschränkte (Friedrich 1990; Müller 1991). In diesem Sinne weist Gensicke (1992) darauf hin, daß die Bürger in den neuen Bundesländern aufgrund der spezifischen Lebensbedingungen in der DDR eine durchaus eigenständige Mischung aus traditionellen und modernen Werten aufweisen, die im Vergleich zum Westen nicht einfach als „rückständig“ bezeichnet werden kann. Schließlich dürften auch die Erfahrungen des Herbstes 1989 eine wichtige Rolle gespielt haben.

Die Bürger der neuen Bundesländer unterscheiden sich also im Hinblick auf ihr Verständnis von der Rolle der Bürger im politischen Prozeß kaum von denen der alten Bundesländer. Dies gilt unbeschadet des in zahlreichen Umfragen gefundenen niedrigeren Niveaus politischer Zufriedenheit und politischen Vertrauens im Osten (Hoffmann-Lange 1995: 395f.; Gluchowski/Zelle 1992: 252ff.). Die politische Unzufriedenheit betrifft offensichtlich primär die aktuellen Output-Schwächen der Politik, weniger jedoch die hier betrachteten grundlegenden Orientierungen. Allerdings sind bei diesem optimistischen Ausblick zwei Einschränkungen zu machen. Erstens ist die Skepsis gegenüber einer Mitarbeit in politischen Parteien im Osten erheblich ausgeprägter. Nur 21 Prozent der dortigen Befragten halten eine solche Mitarbeit für zweckmäßig, um politischen Einfluß auszuüben, während es im Westen immerhin 44 Prozent sind. Auch für die Bürgerinitiativen ergeben sich vergleichbare Unterschiede (Ost: 50 Prozent; West: 64 Prozent). Zudem liegt der tatsächliche Organisationsgrad der Bürger in den neuen Bundesländern deutlich niedriger, d.h. die organisatorische Einbindung der Bürger in

das politische System ist geringer.<sup>18</sup> Hier dürften sowohl die negativen Erfahrungen mit den Blockparteien der DDR als auch die noch nicht ausreichend ausgebauten Organisationsstrukturen der politischen Parteien in den neuen Bundesländern eine Rolle spielen.

Auch im Hinblick auf die Abstützung politischer Bindungen durch Bindungen an das Interessengruppensystem fand Weßels (1994c), daß die subjektive Bindung an Interessengruppen im Osten einen deutlich geringeren Einfluß auf das Wahlverhalten hat als im Westen. Eine solche Einbindung der Bürger in das politische System entweder über direkte Bindungen an die politischen Parteien oder über indirekte, d.h. über das intermediäre System vermittelte Bindungen, ist jedoch Voraussetzung dafür, daß sich politische Partizipation innerhalb der dafür vorgesehenen institutionalisierten Kanäle vollziehen kann. In dieser Hinsicht ist für die neuen Bundesländer noch ein Nachholbedarf zu konstatieren.

Eine zweite Einschränkung ergibt sich im Hinblick auf den im Osten deutlich schwächer ausgeprägten Glauben an die eigenen politischen Einflußmöglichkeiten. Dieser zeigt sich einmal in Tabelle 1 bei dem Item „Leute wie ich haben keinen Einfluß auf die Regierung“, dem sowohl 1992 als auch 1995 ein wesentlich größerer Anteil der Befragten im Osten zustimmte, auch wenn sich im übrigen kaum Unterschiede beim Glauben an die Responsivität der Politiker zeigten. Zudem ergab auch die Analyse der Typen politischer Mobilisierung einen etwas höheren Anteil an *politisch Entfremdeten* im Osten, vor allem unter den weiblichen Befragten, während gleichzeitig der Anteil der *mobilisierten Staatsbürger* niedriger liegt als im Westen. Beide Ergebnisse dürften zusammenhängen: Denn eine mangelnde Einbindung in die intermediären Strukturen befördert die politische Entfremdung, da es den betreffenden Bürgern an adäquaten Kanälen mangelt, um ihre politischen Forderungen in das politische System zu vermitteln. Insofern ist der schnelle Ausbau intermediärer Strukturen in den neuen Bundesländern eine wichtige Voraussetzung für die Einbindung der Bürger in das politische System und für die Herausbildung des Gefühls politischer Effektivität.

18 Hinsichtlich des Anteils von Bürgern mit einer Parteiidentifikation, also einer psychologischen Bindung an eine der politischen Parteien, sind die Ergebnisse uneinheitlich. Während Rattinger (1994c: 83) vergleichbar hohe Anteilswerte in Ost und West findet, berichten Gluchowski/Zelle (1992: 265) einen deutlich niedrigeren Anteil in den neuen Bundesländern.